

Raus aus der Schonzone

Universitäten, Bühnen und öffentliche Räume brauchen keine Anstandsdamen, sondern Menschen, die Streit und Widerspruch aushalten.

Von Saba-Nur Cheema und Meron Mendel

Als im frühen 20. Jahrhundert eine Frau namens Charlotte Bartlett mit ihrer Cousine auf Reisen geht, hat sie einen Auftrag: Sie soll alles Schlechte, Böse und Falsche von ihrer Cousine fernhalten. Und obwohl sie einen unbestechlichen Riecher für die Tücken des Bösen hat, geschieht das Unvermeidliche: Kaum tritt ihre Cousine vor die Tür, landet sie mit beiden Füßen in der Wirklichkeit, in der die Dinge kommen und gehen – nur nicht so, dass es den Regeln des Anstands entspräche, denen sich Charlotte genauso verschrieben hat wie ihrem Schützling. Je mehr sich Charlotte bemüht, ihre Cousine wieder auf den rechten Weg zu bringen, desto mehr gerät diese auf Abwege, bis es schließlich zu einem klassischen Twist kommt: Sie findet und heiratet den Mann, den sie liebt – gegen die Regeln von Benimm und Stand.

Charlotte Bartlett ist eine Romanfigur, und sie hat einen Beruf, der seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts als überholt gilt: Sie ist eine Anstandsdame. In Edward Forsters als Liebesroman getarnter Gesellschaftsanalyse „Zimmer mit Aussicht“ schafft sie sich selbst ab – indem sie durch ihr Kontrollbedürfnis genau das hervorbringt, was sie verhindern will. Doch die Anstandsdame ist zurück. Heute wacht sie nicht mehr über junge Frauen und ihre Heiratsfähigkeit, sondern über Worte, Haltungen und mögliche Kränkungen. Sie erscheint heute in anderer Gestalt: als Instanz der Sensibilität. Und wie einst Charlotte scheint auch ihre moderne Variante einem Paradox zu folgen. Je entschlossener sie das Falsche bannen will, desto mehr verstrickt sie sich in dessen Hervorbringung.

In unseren Veranstaltungen begegnen wir gelegentlich Inkarnationen der Anstandsdame. Wenn wir eine Bühne betreten, sehen wir in der Regel in viele freundliche Gesichter. Menschen, die gekommen sind, um zuzuhören und Fragen zu stellen, vielleicht auch, um zu streiten. Aber häufig versichert dann ein Moderator oder eine Moderatorin, noch bevor ein einziges Argument vorgetragen ist: Niemand brauche sich zu fürchten, Rassismus werde nicht geduldet, Antisemitismus auch nicht, bei entsprechenden Äußerungen werde sofort eingeschritten.

In diesem Moment können wir förmlich zusehen, wie alle tiefer in die Stühle und in sich zusammensinken. Jetzt steht in den zuvor aufgeschlossenen Gesichtern vor allem Unsicherheit. Es ist davon auszugehen, dass die meisten im Publikum nun damit beschäftigt sind, im Kopf durchzugehen, welche Gedanken sie nicht äußern dürfen, statt darüber nachzudenken, was sie zur Diskussion beitragen möchten. Uns hingegen ist viel lieber, wenn sie genau das tun, gerne auch mal mit einem Wort, das möglicherweise nicht zu hundert Prozent diskursrein ist. Deswegen sagen wir inzwischen an dieser Stelle der Moderation, dass wir solche Disclaimer in unseren Veranstaltungen nicht brauchen.

Wir wollen keine Anstandsdamen (oder Anstandsherren), die uns vor potentiellen Mikroaggressionen vor Publikum schützen, wir wollen gemeinsam nachdenken und auch streiten. Es geht nicht nur uns so. Gerade an Universitäten, die Orte der offenen, kritischen Auseinandersetzung sein sollen, sind solche Regeln längst Standard. Wer sich ein Bild davon machen will, wie das Ritual verläuft, kann beispielsweise die Videoaufnahme aus einer Ringvorlesung der Universität Tübingen aus dem Jahr 2025 anschauen. Der freundlichen Standardbegrüßung „Guten Abend. Wir freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich erschienen sind“ folgt ein langer Monolog der Moderatorin im strengen pädagogischen Duktus. Sie möchte gerne auf „unsere Antidiskriminierungsklausel hinweisen“.

Die Anwesenden hätten diese möglicherweise schon an der Tür gesehen, und dass sie nun der Veranstaltung beiwohnen, bedeute, dass sich alle damit einverstanden erklärt hätten. Damit kein Zweifel entstehen kann, wird die Antidiskriminierungsklausel erklärt: Den Veranstaltern, so die Moderatorin, seien „ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander in dieser Kommunikation hier“ und eine „entsprechend diskriminierungsfreie Diskussion wichtig“. Darauf folgt die Warnung: „Sollten Diskriminierungen oder rechte Ideologien geäußert werden – das heißt wiederholte oder intendierte Diskriminierungen, Beleidigungen oder pauschalisierende Äußerungen, Störungen durch rechte Ideologien und Beteiligung –, führen sie zum Ausschluss von der Veranstaltung.“ Der Verhaltenskodex geht über Minuten, während der Redner sichtlich verlegen ins Leere schaut.

Uns scheint das Vorwarnungsritual als symptomatisch und exemplarisch für die Probleme der Debattenkultur. Natürlich sind wir nicht dafür, dass rechte Propaganda an einer Universitätsveranstaltung verbreitet wird oder dort Diskriminierung stattfindet. Man kann sich aber schon fragen, wie oft Rechtsradikale solche Veranstaltungen gestört haben oder ob sie durch die warnenden Worte wirklich abgeschreckt würden. Zweitens stellt sich ein Schiedsrichterproblem: Wer soll entscheiden, dass eine diskriminierende oder gar „pauschalisierende Äußerung“ getätigt wurde? Statt die Anwesenden als mündige Individuen wahrzunehmen und sie in ihrer Meinungsbildung zu fördern, wird hier im Vorfeld versucht, Irritationen zu verhindern. Vor diesen paternalistischen Entmündigungstendenzen im amerikanischen Kontext haben schon vor mehr als zehn Jahren die beiden Autoren Greg Lukianoff und Jonathan Haidt gewarnt: „Was tun wir unseren Studierenden an, wenn wir sie dazu ermutigen, sich eine extrem dünnhäutige Haltung anzueignen – genau in dem Moment, in dem sie den schützenden Kokon des Erwachsenseins verlassen?“.

Bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sprang 2021 die schwarze Frankfurter Stadtverordnete Mirriamne Mahn auf die Bühne und unterbrach die Rede des Oberbürgermeisters. Sie beklagte, dass „schwarze Frauen auf genau dieser Buchmesse nicht willkommen waren“. Diesen Vorwurf begründete sie damit, dass „nicht dafür gesorgt wurde, dass sie sich sicher fühlen“. Was fast schon ironisch ist, denn die Preisträgerin des Jahres war die schwarze simbabwische Autorin Tsitsi Dangaremba, die währenddessen neben ihr stand. Der Fall ist aus unserer Sicht paradigmatisch, weil er zeigt, wie Skandalisierung und Empörung durch die Politisierung von (Un-)Sicherheitsgefühlen produziert werden.

Der Skandal begann einige Tage vorher, als die Schwarze Autorin Jasmina Kuhnke über ihren reichweitenstarken Account in den sozialen Medien bekannt gab, dass sie ihren Auftritt auf der Buchmesse absagen werde. Sie begründete diese Entscheidung damit, dass sie sich auf der Buchmesse durch die Präsenz des rechten Verlags „Jungeuropa“ bedroht fühle. Zahlreiche Autoren solidarisierten sich und zogen ebenfalls ihre Teilnahme zurück. Daraufhin wurde in offenen Briefen zum Boykott der Messe aufgerufen. Die Messeleitung reagierte mit konkreten Schutzangeboten: Sicherheitskonzepte, Bodyguards, abgesperrte Wege – reale Sicherheit hätte sich also organisieren lassen, wie es auch bei anderen bedrohten Autoren gelungen war.

Doch darum ging es nicht. Entscheidend war das subjektive Gefühl der Unsicherheit, das stellvertretend für eine ganze „Community“ geltend gemacht wurde. Nun lässt sich trefflich darüber streiten, ob man es verhindern kann oder soll, dass der Jungeuropa-Verlag einen Stand auf der Buchmesse mietet. Mit der Anklage, schwarze Frauen seien auf der Buchmesse nicht willkommen, wird jedoch die Diskussion auf die identitätspolitische Schiene gelenkt. Es wird nicht mehr über objektive Realität diskutiert,

Bilder und Zeiten im E-Paper



Andreas Kilb: Zum 1500. Todestag des Ostgotenkönigs Theoderich des Großen

Isabel Fargo Cole: Meine Heimkehr zur Feier des Gründungsjubiläums der Vereinigten Staaten

Sonja Asal: Der aufklärerische Populist Jean Paul Marat



Marc Zitzmann: Hundert Jahre Grande Mosquée

www.faz.net/bilder-zeiten

Feuilleton



In Deutschland streiten sie über den Burkini im Schwimmbad, am Artificial Beach der maledivischen Hauptstadt Male ist er Pflicht, dafür der Bikini verboten.

Foto Uwe Niehuus

sondern über subjektive Wahrnehmung, oder genauer gesagt: die proklamierte Wahrnehmung. Gefühle lassen sich schließlich nicht mit Fakten entkräften. Und damit sind solche Behauptungen ein effektives Mittel, um mediale Aufmerksamkeit und Empörung zu generieren.

Auch wenn es nicht immer einfach ist, lassen sich Gefahren und Risiken messen. Lange Zeit verstand man unter Sicherheit etwas, das sich zumindest annähernd objektiv bestimmen ließ: Gibt es konkrete Bedrohungen? Wie hoch ist das Risiko? Welche Maßnahmen sind geeignet, Menschen zu schützen? Im Zeitalter der Sensibilisierung hingegen tritt das subjektive Empfinden in den Vordergrund und wird zu einem starken politischen Mittel. Darin zeigt sich die politische Dynamik solcher Sicherheitsdiskurse.

Über das subjektive Unsicherheitsgefühl lässt sich moralischer Druck erzeugen, um Forderungen durchzusetzen, die rechtlich oder institutionell nur schwer begründbar wären. Auch an uns wurde damals die Erwartung herangetragen, uns dem Boykott anzuschließen – eine Teilnahme würde eine Entsolidarisierung mit schwarzen Frauen bedeuten. Wir hielten es allerdings für sinnvoller, vor Ort zu sein und an den Debatten teilzunehmen, statt fernzubleiben. Denn wer die Bühne aus Protest räumt, überlässt sie am Ende jenen, denen man sie eigentlich entziehen möchte. Gerade darin lag die paradoxe Konsequenz dieses Boykotts.

Während eine reale Sicherheitslage objektiv eingeschätzt werden kann, ist das subjektive Bedrohungsgefühl eines Individuums nicht überprüfbar. In ihrer Unwiderlegbarkeit steckt auch ihre politische Wirkmächtigkeit. Mehr noch: Das Sicherheitsgefühl reagiert häufig paradox auf genau die Maßnahmen, die es eigentlich beruhigen sollen. In einer explorativen Studie zum Einsatz sogenannter Awareness-Teams auf einem Festival zeigte sich ein interessantes Paradoxon: Als die Befragten erfuhren, dass geschulte Teams anwesend waren, die gegen Diskriminierung und übergriffiges Verhalten angehen sollten, führte das nicht zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl unter den Festivalbesuchern – im Gegenteil.

Die Autorin interpretiert dies so, dass sich einige Befragte durch die Präsenz solcher Strukturen sogar unsicherer fühlten als ohne sie. So lautet das Sicherheitsparadox: Je mehr wir uns um Sicherheit kümmern, desto unsicherer fühlen wir uns. Und je stärker dieses Gefühl politisiert wird, desto schwieriger wird es, zwischen tatsächlicher Bedrohung und subjektiver Wahrnehmung zu unterscheiden.

In unserer Gesellschaft wächst die Forderung nach Infrastruktur, die Sicherheit institutionell garantiert. Der öffentliche Raum wird so behandelt, als wäre er per se gefährlich. Als müsste jede potenzielle Irritation vorsorglich betreut, überwacht und im Idealfall ganz von ihm ferngehalten werden. Damit etabliert sich ein Bild, in dem jede öffentliche Interaktion als potenzielle Risikozone gilt, die professionell entschärft werden muss. Statt Menschen in ihrer Konfliktfähigkeit zu stärken, wird ihnen signalisiert: Ohne Spezialpersonal seid ihr überfordert – das ist die Geburtsstunde der Awareness-Teams.

Noch deutlicher wird diese Logik, wenn Safe-Space-Konzepte in die Architektur öffentlicher Räume selbst eingreifen (sollen). Wir erinnern uns noch gut an unsere erste Konfrontation mit einem geradezu sakralen Safe Space: Als Saba-Nur in einer niedersächsischen Stadt zu einem Podiumsgespräch über Islamismus eingeladen war, bat das mehrheitlich aus Frauen bestehende Veranstaltungsteam sie am Ende des Abends, an Dreharbeiten für einen Videoclip teilzunehmen.

Saba-Nur willigte ein und wir gingen gemeinsam mit drei Frauen, allesamt gut gelaunt und im freundlichen Gespräch miteinander, über den nächtlichen, menschenleeren Campus. Als wir zu dem Raum kamen, in dem die Dreharbeiten stattfinden sollten, und Meron eintreten wollte, geschah etwas Merkwürdiges: Eine der Frauen stellte sich in den Türrahmen, stemmte die Füße in die unteren Ecken, streckte die Arme in die oberen und verwandelte ihren Körper in eine x-förmige Barriere, die sie mit den Worten bekräftigte: „Das ist ein Frauenraum. Du als Mann darfst hier nicht rein.“

Als wir betreten reagierten, weil der Raum einerseits zum Drehort umfunktionierte, andererseits als Frauenbereich sakralisiert wurde, in den während der nächsten Stunden wahrscheinlich keine außer jenen eintreten würde, die sich um den Dreh kümmerten, ertneten wir wenig Verständnis: In den Augen der Veranstalterinnen hatte sich Meron schuldig gemacht, weil er sich angeschickt hatte, ein Gebot zu brechen. Was sie

sich wohl vorgestellt hatten? Wen oder was genau wollten sie hier schützen?

Das Video haben wir schließlich nicht mehr gedreht und das gemeinsame Essen platzte auch. Diese Erfahrung zeigte uns, wie dogmatisch solche Schutzlogiken werden können. Was in der konkreten Situation absurd wirkte, folgt einer Logik, die sich über Einzelfälle hinaus verfestigt hat: Sie bleibt nicht auf spontane Entscheidungen oder einzelne Akteure beschränkt, sondern prägt zunehmend auch institutionelle Praktiken. Was uns dort im Kleinen begegnete, lässt sich im Großen wiederfinden. Zum Beispiel im Düsseldorf Schauspielhaus.

Fortsetzung auf Seite 13



Böll als Hit

Von Niklas Maak

Wer in diesen Tagen in Frankreich Urlaub macht, hört in Supermärkten, in Strandbars und im Radio immer wieder den gleichen Song: „Petit Pêcheur“, zu deutsch „kleiner Fischer“, ist der Überraschungshit des Sommers. Geschrieben wurde das Lied, das mehr als zwölf Millionen mal gestreamt wurde, von Manon Lisa, die bisher vor allem Songs für Stars wie Céline Dion komponiert und getextet hat und mit feministisch umgetexteten Rapsongs ein Instagram-Star wurde. Zu einer von Manu Chao ausgeborgten Melodie erzählt sie die Geschichte eines Fischers, der nur am Morgen auf Fang geht und dann in der Sonne döst. Ein Geschäftsmann tritt an ihn heran und fragt ihn, warum er nicht noch mal aufs Meer fahre, da mache er doch doppelt so viel Geld und könne sich ein viel größeres Boot kaufen, ein Flottenimperium aufbauen, und dann werde er ein reicher und glücklicher Mann und könne sich ausruhen, Zeit mit der Familie verbringen, im Sand dösen und seine Töchter aufwachsen sehen. Woraufhin der Fischer sagt, all das könne er doch auch jetzt schon. Es ist kein Wunder, dass die Geschichte von einem, der lieber gelassen leben als die Natur ausbeuten und reich werden will, in Frankreich, wo vor dem Wahlkampf wieder über die Anhebung des Renteneintrittsalters diskutiert wird, so einschlägt. Ihren Ursprung hat sie allerdings in einer Kurzgeschichte aus dem Jahr 1963. Wie Lisa in Interviews erzählt, hat ihr Vater, der Lehrer war, ihr die Geschichte als Kind oft erzählt. Sie stammt von Heinrich Böll und erschien unter dem Titel „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“. Böll erzählt teils wörtlich, allerdings mit einem in der Gegenwartsliteratur weitgehend verloren gegangenen Humor, die gleiche Geschichte wie Lisa: Ein Tourist sieht im Hafen einen dösenden Fischer und will ihn überzeugen, die Natur maximal ausbeuten: „Sie würden ein kleines Kühlhaus bauen ... mit einem eigenen Hubschrauber herumfliegen, die Fischschwärme ausmachen und Ihren Kuttern per Funk Anweisung geben“, und wenn der Fischer dann reich sei, könne er „in der Sonne dösen“. Und der Fischer sagt, wie bei Lisa: das tue er ja schon jetzt. Vor zehn Jahren hat ein französischer Zeichner Bölls Geschichte bereits als Kinderbuch aufbereitet, jetzt hat es die Parabel in die Charts geschafft. Der Fall zeigt, dass Literatur oft wie eine Flaschenpost funktioniert: Eine Botschaft, die 1963 in den Rhein geworfen wurde, wird 2026, mitten in der Klima- und Arbeitsmarktkrise, als Sommerhit an die Strände Frankreichs geschwemmt.

LEMPERTZ
1845

Vincent van Gogh, Ergebnis 11 Mio. €

EXPERTENTAGE IN IHRER NÄHE

Köln 0221-92 57 290 Berlin 030-27 87 60 80 Brüssel 02-514 05 86
München 089-98 10 77 67 Frankfurt 0176-202 119 58
info@lempertz.com www.lempertz.com

Fortsetzung von Seite 11

Raus aus der Schonzone

Dort forderten Betroffene eine eigene Produktionsstätte, nachdem ein Schauspieler 2021 einen Rassismusvorfall öffentlich gemacht hatte. Daran gebunden war die Vorgabe, dass alle Beteiligten auf und hinter der Bühne schwarz sein sollten, vom Schauspiel bis zur Technik. Unterstellt man beste Absichten, soll so ein diskriminierungsfreier Raum entstehen. Faktisch aber entsteht eine Form gut gemeinter Segregation innerhalb eines öffentlichen Hauses, das eigentlich allen gehören soll. Ähnlich gelagert war der Fall bei der 2023 gezeigten Ausstellung „Das ist kolonial!“ im Dortmunder LWL-Museum Zeche Zollern. Dort wurde samstags zu bestimmten Zeiten der Zutritt für Schwarze und von Rassismus betroffene Menschen empfohlen. „Wir möchten Menschen, die von Rassismus betroffen sind, einen geschützten Raum geben, in den sie sich zurückziehen und offen austauschen können“, lautete die Begründung.

Nach außen hin wird auch das mitunter wohlwollend als Sensibilität wahrgenommen, als Schutz vor potenzieller Verletzung – mit einem gewöhnlicherweise sehr breiten Verständnis dessen, was alles bereits als Verletzung zählt. Im Kern bedeutet es jedoch auch hier, dass andere ausgeschlossen werden, weil nun umgekehrt sie es sind, die die „falsche“ Herkunft oder Hautfarbe haben. In Frankfurt schlug vor einiger Zeit eine islamische Gemeinde vor, ein Schwimmbad nur für Muslime einzurichten. Gerade muslimische Frauen, die einen Burkini tragen, erfahren Anfeindungen. Von muslimischen Männern hörte man im Zuge der Initiative, dass sie aus religiösen Gründen nicht neben leichter bekleideten Frauen schwimmen möchten.

Für viele schien die Idee für einen Moment gut und in Teilen nachvollziehbar: Ein geschützter Raum für Muslime soll entstehen, frei von Diskriminierung und anderen Konflikten. Gut gemeint. Doch auch hier zeigt sich das Schiedsrichterproblem: Wer entscheidet an der Tür, wer als Muslim gilt? Wer soll festlegen, wer dazu gehört und wer nicht? Öffentliche Schwimmbäder sind Orte, in denen unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft aufeinandertreffen. Die beste praktische Übung in Toleranz besteht darin, den Anblick schwimmender Menschen in egal welcher Badegarderobe zu ertragen.

Nicht die Segregation, sondern die alltägliche Begegnung mit dem bisher vermuthlich Unbekannten ist für ein gesundes Zusammenleben unabdingbar. Wenn für jede Gruppe anhand eines Identitätsmerkmals ein eigener, abgesicherter Raum geschaffen wird – hier Schwarze, dort Juden oder Muslime, hier Roma, dort Menschen mit Behinderung, an anderer Stelle trans-Frauen –, zerfällt die Idee einer gemeinsamen Öffentlichkeit in lauter Enklaven. Auch hier gilt: Jede und jeder kann und soll sich Räume suchen, in denen man sich wohl und sicher fühlt – ob zu Hause, im Lieblingscafé oder auf dem Fußballplatz.

Das ist eine individuelle Entscheidung. Doch der Versuch, öffentliche Räume nach einem politisierten Prinzip von Identität zu organisieren, gerät in Spannung zu demokratischen Grundprinzipien. Was als Schutz vor Diskriminierung plausibel beginnt, mündet nicht selten in eine paradoxe Bewegung: Ausgerechnet im Namen der Vielfalt wird diese räumlich getrennt. Das widerspricht auch der Realität der postmigrantischen Gesellschaft, wie sie etwa von der Migrationsforscherin Naika Foroutan beschrieben wird. Dort gilt gerade nicht die klare Trennung von Gruppen als prägend, sondern das Nebeneinander, Überlappen und Ineinanderfließen von Zugehörigkeiten.

Der postkoloniale indische Kulturtheoretiker Homi K. Bhabha hat dafür schon in den Neunzigerjahren den Begriff der Hybridität geprägt: Identitäten entstehen in Zwischenräumen, im Austausch und in der Vermischung kultureller Erfahrungen. Bhabha setzte damit der Vorstellung von statischen Kulturen etwas entgegen. Kultur lebe davon, so Bhabha, dass sie dynamisch sei und fragmentarisch, an verschiedenen Orten gleichzeitig und widerspruchsvoll existiere. Die Begegnung von unterschiedlichen Lebenswelten und Milieus führe dazu, dass etwas Neues „zwischen“ den Kulturen erwache. Für Bhabha entstehen in diesem neuen Raum „hybride Identitäten“ – ein Wesensmerkmal von Migrationsgesellschaften. Wer dagegen Räume nach Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Hautfarbe sortiert, organisiert gesellschaftliche Differenz wieder entlang fester Linien.

Eine demokratische Öffentlichkeit lebt jedoch davon, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Überzeugungen und Identitäten denselben Raum teilen – und lernen, in diesem mit all den Konflikten, Herausforderungen und Widersprüchen zu existieren. Wo dieser Raum immer weiter parzelliert wird, verschwindet der Konflikt nur scheinbar. Was tatsächlich verloren geht, ist die Möglichkeit, ihn gemeinsam auszutragen. Am Ende bleibt eine Gesellschaft, die sich immer stärker in Vermeidung zurückzieht, immer mehr Schutzräume baut und dabei die Fähigkeit verliert, im Dissens miteinander zu leben.

Vorabdruck aus dem Buch „**Die Empörungsfälle. Wie wir wieder streiten lernen**“ von Saba-Nur Cheema und Meron Mendel, das am 3. September bei Kiepenheuer & Witsch erscheint. Es hat 224 Seiten und kostet 23 Euro.



Hier hat Charlotte (Lilith Stangenberg) eindeutig den Hut auf – Szene aus „Für immer 16“.

Foto Rapid Eye Movies

Der Mord hat ihr gutgetan

Alter spielt eine Rolle: Der Stereo-Total-Musiker Brezel Göring setzt seiner verstorbenen Partnerin Françoise Cactus mit einem experimentellen, nur scheinbar billigen Film ein Denkmal.

Schon im Titel steckt die Idee der Konservierung. In Brezel Görings DYI-Metafilm „Für immer 16“ geht es aber weniger um konservierte Nostalgie, keine Forever-Young-Verklärung, sondern um eine Einstellung zum Leben, zur Kunst und zum gepflegten Chaos: Der Punk ist Tod, es lebe der Punk! Oder: Es lebe Françoise Cactus!

Görings Film atmet den Spirit der 2021 verstorbenen Autorin und Musikerin, mit der er lange liiert war und bald 30 Jahre Musik gemacht hat. Mit Stereo Total haben die beiden Musikgeschichte geschrieben: fluffiger Synthiepop, punkig, trashig, getragen von Cactus' Gesang mit französischem Akzent. Ihr Augenzwinkern gegenüber dem Spießer fehlt, „wir tanzen im Viereck, wir tanzen konzentriert!“

Mit „Für immer 16“ verbeugt sich Göring vor seiner verstorbenen Partnerin. Das Drehbuch basiert lose auf „Les enfants terrible“ bildete, ist benslänglich vierzehn“, einem unveröffentlichten Roman von Cactus, den Göring gemeinsam mit weiteren Texten in der Sammlung „Oh Oh Mythomanie“ 2024 anlässlich des 60. Geburtstags der Künstlerin im Ventil Verlag veröffentlicht hat. „Für immer 16“ könnte dabei kaum weiter vom „klassischen“ deutschen Film entfernt sein. Die wackeligen und knisternden Super-8-Bilder, die Charlotte (Lilith Stangenberg) zu

Beginn beim Gang aus dem Bett hin zur Zigarettenschachtel zeigen, sind kein verspieltes Intermezzo.

Hier wirkt alles verwaschen und amateurhaft, ganz so, wie man das vielleicht von alten Aufnahmen von Familienzusammenkünften und Urlaube kennt. „Für immer 16“ ist ein bisschen von beidem und spielt mit der Verfremdung, indem die Dialoge separat eingesprochen und anschließend teils lippenunsynchron über die Bilder gelegt wurden. Ein Soundteppich mit Stereo Total-Songs begleitet den Film durchgehend.

Zu Filmbeginn erklärt Charlotte, wie immer rauchend: „Ich hab zwei Freunde eingeladen. Aber wir streiten uns eigentlich immer.“ Kurz darauf folgen wir ihr, Helena (Mücke) und Oskar (Chang Wang) bei einem gemeinsamen Urlaub – gedreht wurde „Für immer 16“ in Palermo. Das Trio im Film, das früher die Experimentalfilmgruppe „Les enfants terrible“ bildete, ist zerstritten und rauft sich mehr oder weniger zusammen. Neid ist ein großer Faktor, denn während Charlotte als Schauspielerin erfolgreich geworden ist, dümpeln Helena und Oskar am Existenzminimum herum.

„Ich habe so viel über mein Alter gelogen, ich weiß selbst nicht mehr, wie alt ich bin“, sagt Charlotte – einer der vielen herrlichen Sätze, von denen der Film nur so wimmelt. Die drei beschlie-

ßen, quasi *back to the roots*, im Urlaub einen Undergroundfilm zu drehen. Es soll um die männermordende Serienkillerin Dementia gehen, gespielt von Charlotte im Lederoutfit. Als Opfer wird der Wohnungsnachbar Rudolph (Twiggy Gloglou) gecastet, der allerdings auch mit allen anbandelt.

Wir folgen dem Quartett bei den bekloppten Dreharbeiten, in denen Dementia ihre Opfer umwirft, mit einem Stein zu Brei schlägt oder mit einem Holzstab durchbohrt. Später kommt jemand, getränkt in literweise Tomatenketchup, am Set um, und die drei Freunde versuchen, die Leiche loszuwerden. „Die grausame Wahrheit ist: Der Mord hat dir gutgetan“, sagt jemand: ein Mord als – auch feministische – Emanzipation.

Wer sich als Zuschauer mit diesem Quatsch und dem experimentellen Laienmodus arrangieren kann, wird belohnt. Denn in dem Bestreben, vom Entstehen eines trashigen Undergroundstreifens zu erzählen, ist „Für immer 16“ in seiner anarchischen Selbstreflexion selbst einer. Mit seinem unangepassten Eigenbröteltum macht der Film Spaß und ist zugleich vielschichtiger, als man anfangs meinen könnte. Ohne sich selbst zu ernst zu nehmen, stellt er sich gegen eine auf Warenformigkeit gebürstete Mainstreamkultur. Für Subversion ist man nie zu alt, es lebe der Punk! JENS BALKENBORG

Unbequem und von allen bewundert

Dem französischen Comiczeichner Jacques Tardi zum Achtzigsten

Sein jüngstes in eigener Sache publiziertes Wort liegt zwei Jahre zurück: In dem kleinen Band „Dessins matin, midi et soir“ (Zeichnungen morgens, mittags und abends; erschienen bei Oblique Art Production) findet sich ein Vorwort von Jacques Tardi, reproduziert in der unverkennbaren Lettering-Schrift seiner Comics.

Darin erinnert sich der 1946 geborene Tardi an seine Kindheit: „Wenn meine Mutter eine ihrer Freundinnen zu einem fünfminütigen Schwatz besuchte (der dann den ganzen Nachmittag dauerte!), nahm sie immer ein Schulheft und einen Kugelschreiber mit. Sie tranken ihren Kaffee und schnabulierten kleine hausgemachte Kuchen, während ich vor mich hinkritzelte.“ Wie die dann folgenden Seiten der zauberhaften Publikation beweisen, hat sich in all den Jahrzehnten seither nichts an der Beschäftigung von Jacques Tardi geändert.

Am Sonntag wird er achtzig, und seit dem Tod von Moebius vor mittlerweile vierzehn Jahren ist er unbestritten der höchst angesehene französische Comiczeichner, bewundert von allen in der Branche, obwohl Tardi ein unbequemer Mann ist. Deshalb ist er nicht der höchst Geehrte französische Comiczeichner; die Aufnahme in die Ehrenlegion lehnte der überzeugte Linksanarchist ab.

Den Themen seiner Comics merkt man das an. Ein weiterer später Band, erschienen 2023, erzählt in 25 stummen Bildern von einem alten Mann, der in der Zwischenkriegszeit den Pariser Friedhof Père-Lachaise besucht



Jacques Tardi Foto Médiathèque de Draguignan

(Tardi wohnt um die Ecke), wo die 1871 bei der Niederschlagung der Kommune ermordeten Aufständischen begraben liegen. Dort erwartet den Greis selbst der Tod (in Gestalt einer jungen Frau, denn im Französischen ist der Tod weiblich). Doch der letzte Besuch der früheren Kommunalen – der Band trägt den Titel „20 ans en mai 1871“, also zwanzigjährig im Mai 1871 – gilt den toten Kameraden.

Einmal mehr hat Tardi in dieser Geschichte die Stadt Paris zu seiner Kulisse gemacht, nach historischen Fotos, vor allem aber auf der Grundlage seiner ausgedehnten Spaziergänge durch die Arrondissements, über die sich schon der geistesverwandte Krimiautor Léo

Malet gewundert hatte, als Tardi in den Achtzigerjahren Bücher aus dessen „Nestor Burma“-Reihe als Comics adaptierte. Zu einer verabredeten Besprechung darüber kam der Zeichner um Stunden verspätet, weil er sich mit der Skizzierung des Erscheinungsbildes von Malets Viertel aufgehalten hatte.

Die „Nestor Burma“-Comics sind die Bestseller von Tardi, und der bislang letzte, „Riffi in Ménilmontant“ ist seine aktuellste Veröffentlichung. Als er 2025 herauskam, war das eine große Überraschung, denn Tardi hatte seine Adaptionen zwanzig Jahre zuvor eigentlich für beendet erklärt. Aber diese neue Episode schrieb er nun selbst, unter Rückgriff auf Malets Personal. Seine Erzählfreude brauchte nach dem 2022 erfolgten Abschluss der seit 1976 laufenden Phantastik-Horror-Krimi-Reihe „Adèle“ offenbar ein neues Ventil.

In Deutschland brauchte er dafür einen neuen Verlag, denn derjenige, bei dem er in den Achtzigern die ersten „Adèle“-Übersetzungen untergebracht hatte, Carlsen, hatte 2023 den schon angekündigten Band „Elise und die neuen Partisanen“ zurückgezogen, weil ihm nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober eine darin enthaltene Parteinahme für die Palästinenser zu heikel wirkte. Das Buch kam dann bei einem kleinen Haus heraus; mit dem neuen „Nestor Burma“ ist Tardi nun beim Traditionscomicverlag Schreiber & Leser untergekommen. Dort setzt man darauf, dass noch viel kommen wird von diesem Mann, der zu Lebzeiten wohl nicht aufhören wird, zu zeichnen. ANDREAS PLATTHAUS

Politischer Aberglaube

Warum AfD-Anhänger ein Nervenproblem haben

Es ist nicht alles politisch, was AfD-Anhänger an ihrer Partei toll finden. Wer das annimmt, verharmlost die Partei keineswegs, sondern verweist auf den „politischen Aberglauben“ (Adorno), der dort seine Finger mit im Spiel hat. Soll man insoweit von vopolitischen Empfindungen sprechen, die bei all jenen ins Gewicht fallen, die nicht von vornherein als Rechtsextremisten und Deutschnationale auf den AfD-Zug aufspringen? Die also mit ihrer Wahl zwar den Rechtsextremismus befördern, selbst aber - soll man sagen? - Psycho-Wähler sind, die nach Entlastungsstrategien für ihre Angstzustände, für ihre Überforderungsgefühle suchen und dabei nur allzu bereitwillig autoritären Versprechen aufsitzen?

Die psychologische Anfälligkeit in ihrer vopolitischen Ausprägung klingt bei Parteienforschern an, wenn sie Gründe für den AfD-Erfolg darlegen, sie bleibt aber merkwürdig unspezifisch, wie beispielsweise das Statement des Parteienforschers Benjamin Höhne von der TU Chemnitz neulich im MDR zeigt: „Die Angst vor dem, was da kommt, die vielfältigen Krisen, mit denen die Menschen klarkommen müssen, zugleich Zweifel, ob der demokratische Staat noch ausreichend zur Problemlösung in der Lage ist. Da flüchten sich viele zu Rechts-außen-Parteien und fallen autoritären Versprechen anheim.“

Hier scheint eine einflussreiche anthropologische Triebkraft getroffen; umso bedauerlicher kann man die begriffliche Vagheit finden, mit der dieser substanzielle Sachverhalt lediglich auf der Ebene des Küchenpsychologischen angerissen wird. Müsste man den psychologischen Bereitschaften im Falle der AfD-Anhängerschaft nicht erheblich sorgfältiger nachgehen, um Gegenstrategien an der richtigen vopolitischen Stelle ansetzen zu lassen? Statt folgenlos, wenn nicht kontraproduktiv den Raum politischer Argumente zu bewirtschaften, die im AfD-Milieu verhallen beziehungsweise bloß als Abwertung der emotionalen Bedürfnisse wahrgenommen und in der Folge zur Verstärkung AfD-eigener Positionen herangezogen werden?

In dieser Hinsicht hat man es erstaunlicherweise mit einer gähnenden Phantasielosigkeit zu tun – in der Parteienpolitik wie in den Talkshow-Diskussionen und sich überbietenden Planspielen zur „Zähmung“ der AfD nach dem Vorbild der „roten Linien“ des Historikers Andreas Röder, zuletzt aufgegriffen in der „Welt“ von Kristina Schröder, der ehemaligen Bundesfamilienministerin, die davon träumt, die AfD in einen „moderaten“ und einen „radikalen“ Teil zu spalten, indem man der Partei entgegenkommt etwa mit einer von roten Linien auszunehmenden „Renationalisierung“ von Politikfeldern, die bislang der europäischen Regulierung unterliegen.

Rödders Lied von der „konditionierten Gesprächsbereitschaft“ mit der AfD, aus der auf dem Wege akzeptierter roter Linien eine „andere AfD“ hervorgehen könne, „mit der dann auch anders umzugehen wäre“ – dieses Lied ist hörbar der Ohrwurm bei Frau Schröder. Und es so kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ins Spiel zu bringen, lässt nicht nur an eine politische Geisterfaherin denken – es ist, von allem anderen abgesehen, für eine solche Strategie schlicht zu spät –, sondern verfehlt mit derartigen Politkunststücken auch geradezu vorsätzlich die psychologische Bühne, auf der die Musik für die AfD spielt.

Kann Parteienpolitik wirklich nur Parteienpolitik? Warum in den Strategiespielen zur AfD immer nur „Mehr vom selben“ („lasst die Partei doch sich selbst entzaubern“ – na dann, gute Reise!) versuchen,

statt einfach mal das Register zu wechseln, und statt stets bloß die neuesten Exzesse der Parteiprogrammatik zu untersuchen, lieber eine Blickumkehr zu vollziehen, dergestalt, dass die vopolitischen Bereitschaften der AfD-Anhängerschaft diesseits der Extremisten genauer in den Blick zu nehmen wären, ohne sich deshalb den Vorwurf der Verharmlosung anzuehen zu müssen. Es hätte dabei um reflexive Kurzschlüssigkeit zu gehen, wie sie sich angesichts existenzieller Untergangsszenarien bemerkbar macht; um Alarmsismus und Affekte; um verlorene Nerven und um Selbstmissverständnisse, in deren Folge das Politische als Ausgleich für grassierende Ich-Schwäche gilt, wie sie sich über sich selbst unaufgeklärt dort, im politischen Feld, ausagiert.

Adorno hat dieses Selbstmissverständnis auf den Begriff des Aberglaubens gebracht, sein soeben bei Suhrkamp wieder aufgelegter, am 30. November 1962 gehaltenen Vortrag „Ist Aberglaube harmlos?“ lässt sich auch als Augenöffner fürs politische Agieren in der Internetöffentlichkeit lesen – nein, natürlich nicht ohne Weiteres in diesem Zeitenabstand, wohl aber mit weiterem, so etwa mit der Angewiesenheit auf bestimmende Begriffe, mit denen sich klären ließe, wie es um die psychologische Dynamik einer politischen Ersatzrationalität steht, die durch soziale Medien angeleitet wird.

An den Befund der abergläubisch bemäntelten Ich-Schwäche anknüpfend, heißt es in dem Vortrag: „Die Sozialpsychologie hat nachgewiesen, dass man in der heutigen Gesellschaft in einem sehr weiten Maß bei den Menschen von ‚Ich-Schwäche‘ reden kann, das heißt, dass sie tendenziell herabgesetzt werden zu Zentren bedingter Reflexe, ohne dass sie demgegenüber aus eigenem noch viel entgegenzusetzen hätten.“ Er, Adorno, wolle jetzt gar nicht in die psychologischen Mechanismen dieser Ich-Schwäche eindringen, „ich möchte nur auf ein ganz einfach Soziologisches hinweisen, das auch denen unter Ihnen einleuchten dürfte, die nicht tiefenpsychologisch interessiert oder orientiert sind, nämlich darauf (Achtung, Kulturindustriel!, Anm. d. Red.), dass ja die tatsächliche Entscheidungsmöglichkeit von uns allen heute durch die Übermacht der Institutionen, sowohl der großen wirtschaftlichen Gruppen wie auch der hochkonzentrierten Verwaltungsmacht, außerordentlich herabgesetzt ist.“ Vermachtetes Internet, ich hör dir trapsen!

Soll die AfD-Anhängerschaft hiermit, mit der Zitation dieses kulturkritischen Befunds aus einer dann doch nicht so ganz anderen Zeit, soll sie etwa für politisch unzurechnungsfähig erklärt werden? Ist das alles eine Ausflucht ins Psychologische, wo es in Wirklichkeit um die Faschisierung als einen dynamischen Prozess gerne auch in einer noch funktionierenden Demokratie geht? Statt sich mit Begriffsmagie zufriedenzugeben, trifft der Faschismustheoretiker Adorno Unterscheidungen, die erkennbar das Anliegen verfolgen, zur Bestandssicherung der demokratischen Gesellschaft einen psychologisch erweiterten Politikbegriff in Anschlag zu bringen, der, salopp gesagt, die Wählerschaft über sich selbst aufzuklären vermag, statt sich als autoritäres Versprechen für prekäre Existenzen abergläubisch in Szene zu setzen.

Warum sich also der AfD-Frage nicht auch anthropologisch nähern? Da springen womöglich politisch weit reichende Einsichten heraus. Etwa diese, das wachsende AfD-Wählerpotential mit einem lateinischen, Adorno zu Gebote stehenden Vers umfängend: Die Menschen wollen betrogen sein. CHRISTIAN GEYER

Rekordzuschläge in Berlin

Paula Modersohn-Becker.
„Selbstbildnis mit Landschaft vor Bäumen“. 1903.
Verkauft für 503.100 EUR
WELTREKORD ARBEIT AUF PAPIER

Einlieferung zu unseren Jubiläumsauktionen jetzt!
+49 30 885 9150 • auktionen@grisebach.com

40 GRISEBACH